

Beitrag 1 vom 01.12.2025:
Investitionsdefizite trotz Rekordschulden:

Ich greife hier einen Beitrag aus der Rubrik ‚Textsammlung‘ nochmals auf und zwar aus dem Themenbereich 5 ‚Kommentierte Medienberichte‘ den Punkt 1.3. ‚Deutsche öffentliche Haushalte‘ und dort jenen von mir kommentierten folgenden Artikel:

Artikel auf t-online vom 19.09.2025:

„Was die Regierung macht, ist ein Skandal“: Ökonom rechnet mit Klingbeil ab

„Der Bundeshaushalt 2025 ist durch. Aber der Ökonom Michael Hüther sieht nur eine Verschiebung der Mittel und sieht die Gelder aus dem Schuldenpaket "verplempert".

Mein Kommentar zu diesem Artikel:

„Im obigen genannten Artikel wird auf einen handfesten Skandal hingewiesen: Mittel aus dem sog. Sondervermögen (eigentlich Sonderschulden), welche **ausschließlich** für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur vorgesehen waren, werden zweckentfremdet, indem sie für andere Haushaltsposten verwendet werden. Diese miese Trickserie geschieht so: Ursprünglich – also vor der Einrichtung des sog. Sondervermögens im Rahmen einer dafür notwendigen Grundgesetzänderung – in den regulären Haushalten eingeplante Mittel für Straßen, Schienen und andere Infrastrukturprojekte werden jetzt gekürzt und durch diese Sonderschulden wieder aufgefüllt. Das hat zur Folge, dass die Investitionshaushalte nicht so viel wachsen, wie dies eigentlich laut Grundgesetzänderung vorgesehen war, nämlich als zusätzliche Investitionen zu den bisher geplanten Mitteln. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden dann zweckentfremdet, vor allem um die Sozialtats damit aufzufüllen. Laut namhaften Wirtschaftsforschungsinstituten werden auf so bis zur Hälfte der eigentlich vorgesehen Mittel für jene zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur zweckentfremdet, wodurch sich infolgedessen beispielsweise dringende Straßen- oder Schienenbauprojekte unnötig verzögern oder vielleicht gar nicht vorgenommen werden. Und das zum Schaden unserer Wirtschaft sowie auch Privatleuten. Wir verfrühstücken damit Mittel, die für die Zukunft dieses Landes vorgesehen waren, um sie

jetzt zu verkonsumieren, wieder einmal auf Kosten der zukünftigen Generationen, welche die Schulden dann abbezahlen müssen.“

Ergänzend füge ich dem oben Aufgeführten folgendes hinzu:
Durch diese Haushaltstrickserei drohen sich sehr wichtige Infrastrukturprojekte deutlich zu verzögern, oder sie werden vielleicht sogar überhaupt nicht mehr verwirklicht: Aber selbst eine Verzögerung von beispielsweise Straßen- oder Schienenbauprojekten verursacht finanzielle Schäden, weil damit Kosten während der zusätzlichen Zeit der Nicht-Fertigstellung aufgrund längere Fahrtwege verbunden sind. Es kann im schlimmsten Fall sogar so weit kommen, dass Unternehmen infolge solcher Verzögerungen komplett ihren Weiterbetrieb aufgeben müssen, mit all den Folgen, die dies hat, wie Arbeitsplatzverluste, zukünftig geringeres Steueraufkommen, Verlust von fachlicher Expertise eines solchen Unternehmens, das nicht mehr am Markt sein kann und anderes mehr. Zusätzlicher, dauerhafter Schaden kann oftmals dadurch entstehen, dass solche Expertise auf **Dauer** verlorengeht, sie kommt also nicht mehr zurück und zwar auch dann nicht, wenn auf einmal doch wieder mehr Mittel in die Infrastruktur fließen. Daher ist solche Haushaltstrickserei besonders schädlich in unserer wirtschaftlich derzeit so angespannten Lage.
Dabei hieß es doch erst kürzlich im Herbst dieses Jahres noch aus der Bundesregierung: „Alles, was baureif ist, wird gebaut.“
Hinzu kommt noch der generelle Vertrauensverlust in die Politik, der durch solches Verhalten immensen Aufwind erhält.
Anhand einiger konkreter Beispiele will ich exemplarisch aufzeigen, wie sich das oben Ausgeführte auswirkt bzw. zukünftig auswirken könnte, wenn die politisch Verantwortlichen nicht doch noch rechtzeitig gegensteuern sollten:

In einer Sendung im **WDR** vom 27.11.2025 wurde darüber berichtet, dass der so wichtige Lückenschluss der Autobahn A 44 zwischen Ratingen und Heiligenhaus in Nordrhein-Westfalen trotz der vielen Sonderschulden für Infrastruktur nun doch nicht zeitig erfolgen soll. Es handelt sich dabei lediglich um vier fehlende Autobahnkilometer. Nachdem alle Klagen gegen diesen so wichtigen Lückenschluss gerichtlich endgültig abgeschmettert worden sind, könnte man jetzt sofort mit den Arbeiten beginnen. Aber nun drohen die erforderlichen

Haushaltsmittel trotz des sog. Sondervermögens doch nicht mehr kurzfristig zur Verfügung zu stehen.

In den betroffenen Kommunen und darüber hinaus ist man in der Wirtschaft, der Bevölkerung sowie in der Kommunalpolitik parteiübergreifend entsetzt! Verständlicherweise.

In einem Artikel in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung** vom 18.10.2025 ist im Artikel mit der Überschrift ‚Neuer Autobahnstreit trotz Sondervermögen‘ auf Seite 17 u.a. folgendes zu lesen: „Die Regierungschefs der SPD-geführten Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und des CDU-geführten Schleswig-Holstein fordern eine verlässliche Finanzierung und beschleunigte Umsetzung von Projekten wie der Küstenautobahn A 20, der A 14, der A 39 sowie zentralen Schienen- und Wasserstraßenprojekten. Besonders der Weiterbau der A 20 wird als ‚Schlüsselprojekt‘ bezeichnet, das die Nord-Süd-Autobahnen verbindet und den Verkehrsknotenpunkt Hamburg entlastet.

Die Küstenländer pochen dabei auf die Bedeutung ihrer Seehäfen, die eine gute Verkehrsanbindung benötigen. Diese sei nicht nur für den globalen Handel wichtig, sondern auch für die Energieversorgung und die Sicherheit der gesamten Nation.“

Wenn man so etwas liest, kann man sich doch nur noch entsetzt an den Kopf fassen, welch unverantwortliche Politik von der derzeitigen schwarz-roten Bundesregierung gemacht wird: Selbst Ministerpräsidenten aus den eigenen Parteien äußern ihr Unverständnis über ihre Berliner Kollegen.

Erschreckend zeigt sich an solchen Beispielen, was schon seit Jahrzehnten politisch falsch in Deutschland läuft: Es werden wichtige, in die Zukunft des Landes gerichtete Investitionen verzögert oder werden gar nicht mehr umgesetzt, um dafür lieber das Geld für konsumtive Zwecke zugunsten der derzeit lebenden Generation auszugeben: Man verfrühstückt so ein Stück weit die Zukunft dieses Landes und damit der nächsten Generationen. Denn diese müssen mit erhöhten Schulden ohne dementsprechend bessere Infrastruktur irgendwie zurechtkommen. Aber irgendwann rächt sich das alles. Vielleicht schon schneller, als uns allen lieb sein kann.